

Dieses Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabende.
Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenspreis:
50 Pf. für die 3gepalt.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 558 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Drey.
Druck von C. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaikir. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss Nord 3002.

Extrabeitrag!

Zahlbar vom 7. März an.

Verbandsbeirat, Hauptvorstand und Verbandsauschuss sind ein Verbandsorgan, das mit gleichen statutarischen Rechten ausgestattet ist wie ein außerordentlicher Verbandstag. Dieses Verbandsorgan hat beschlossen:

Der Verband erhebt von seinen Mitgliedern einen Extrabeitrag. Die Erhebung ist notwendig, um die Kampfkraft des Verbandes zu erhalten und die Erfüllung seiner sonstigen Aufgaben, insbesondere die sachungsgemäße Unterstützung der arbeitslosen und kranken Mitglieder, zu ermöglichen.

Männliche Mitglieder haben einen Extrabeitrag in Höhe von 6 RM., weibliche Mitglieder einen solchen in Höhe von 3,60 RM. zu leisten.

Die Leistung erfolgt durch Entnahme von 12 Extramärken in Höhe von 50 Rpf. für männliche und 30 Rpf. für weibliche Mitglieder. Die Erhebung des Extrabeitrages muß sofort beginnen.

Der Gesamt-Extrabeitrag muß von allen gegenwärtig in Arbeit stehenden Mitgliedern bis zum Ende des 2. Quartals 1926 geleistet sein. Mitglieder, die längere Zeit arbeitslos bzw. durch Kurzarbeit in ihrem Verdienst beschränkt sind, können die Leistung des Extrabeitrages auf einen längeren Zeitraum verteilen. Die Leistung des gesamten Extrabeitrages durch einmalige und sofortige Zahlung ist erwünscht und wird von allen Mitgliedern, die dazu in der Lage sind, erwartet.

Die ausgeschriebenen Extrabeiträge sind Pflichtbeiträge für alle Vollmitglieder. Von der Leistung befreit sind nur die invaliden Mitglieder (§ 13 Abs. 5 der Verbandsstatuten). Die Verweigerung der Leistung des Extrabeitrages zieht die im § 14 des Verbandsstatuts Abs. 2 unter b angeführten Folgen nach sich.

Der Anteil der Lokalkassen wird entgegen den Bestimmungen der Verbandsstatuten (§ 23 Abs. 5), die eine volle Abführung der Extrabeiträge an die Hauptkasse verlangen, auf 20 Prozent der eingegangenen Extrabeiträge festgesetzt.

Die Zahlstellen sind verpflichtet, alles zu tun, um die Erhebung des Extrabeitrages zu fördern und die Überweisung der eingegangenen Summen an die Hauptkasse zu beschleunigen.

Der Verbandsbeirat erblickt in der beschleunigten Leistung des Extrabeitrages eine dringend notwendige Maßnahme zur Erhaltung der Kampfkraft und Leistungsfähigkeit des Verbandes und eine Handlung der Solidarität der arbeitenden für die erwerbslosen Mitglieder.

Warum Extrabeitrag?

Der erfahrene Gewerkschaftler hat längst gemerkt, daß es so kommen wird. Ja, mancher hat schon vor Monaten erkannt gefragt, wie es möglich sei, daß der Verband noch immer volle Erwerbslosenunterstützungsfähige zahlen könne. Das war möglich durch Einschränkung aller Ausgaben, die überhaupt eine Einschränkung vertrugen; dann aber auch durch vorsichtige Dispositionierung im Finanzwesen. In einer Zeit, in der Unternehmungen wie Stinnes zusammenbrechen, wo die Zahl der Konkurrenz lawinenhaft anschwillt, haben sich die Gewerkschaften intakt gehalten. Daß sie von den Wirkungen der schweren Wirtschaftskrise ganz verschont bleiben würden, hat wohl niemand erwartet. Die Gewerkschaften hatten sich noch nicht von der Inflation erholt, da mußten sie schon schwere Kämpfe durchzuführen. Insbesondere unsere Organisation hatte schwer zu ringen. Im Herbst 1925 hat der in der Falle reicher Gewinne übermäßig gewordene Farbentwurf einen Kampf gegen unseren Verband eingeleitet, eines „Prinzips“ wegen, nämlich die Organisation der dividendenbringenden Arbeitsbienen kampfunfähig zu machen.

Im Jahre 1925 sind für Streikende und Gemafregelte über 2 Millionen RM. von unserem Verbands aufgebracht worden. Davon entfielen ca. 1.100.000 RM. auf das vierte Quartal. Zugleich setzte eine Arbeitslosigkeit ein, die alle Mittel des Verbandes in Anspruch nahm.

Hier ein Bild von der Arbeitslosigkeit und von der Ausbeutung der Kurzarbeiter auf unsere Mitgliedschaft:

	Arbeitslose Mitglieder		in Prozent	
	absolut	1925	1925	1926
Januar	26 682	66 879	8,03	20,6
Februar	26 782		7,9	
März	28 619		6,9	
April	17 428		5,02	
Mai	15 220		4,3	
Juni	14 639		4,09	
Juli	12 585		3,64	
August	16 447		4,8	
September	19 494		5,8	
Oktober	21 046		6,2	
November	37 979		11,1	
Dezember	58 184		18,3	

Hätten wir im Monat Januar 1925 noch 26 682 arbeitslose Mitglieder gleich 8,03 Prozent, so im Januar 1926 die ungeheure Zahl von 66 879, das sind 20,6 Prozent. Die Zahlen über die Kurzarbeit unserer Mitglieder blieben nicht viel hinter denen über Arbeitslosigkeit zurück, wie die folgende Tabelle zeigt:

	Kurzarbeitende Mitglieder		in Prozent	
	absolut	1925	1925	1926
Januar	8 918	56 786	2,7	17,5
Februar	6 595		1,9	
März	8 129		2,0	
April	7 954		2,2	
Mai	7 544		2,1	
Juni	9 209		2,5	
Juli	10 091		2,9	
August	16 502		4,8	
September	17 291		4,9	
Oktober	26 308		7,7	
November	41 505		13,3	
Dezember	47 998		15,4	

Es waren also im Januar 1926 arbeitslos und arbeiteten verkürzt zusammen 123 647 Mitglieder, das sind 38,28 Prozent. Hieraus erwachsen und erwachsen der Hauptkasse Ausgaben, die durch die Eingänge nicht mehr gedeckt werden. Im Jahre 1925 hat der Verband für Erwerbslose rund zwei Millionen RM. ausgegeben, davon allein 900 000 RM. im 4. Quartal. Um eine Herabsetzung der Unterstützungssätze zu vermeiden, müssen die noch voll Arbeitenden ein persönliches Opfer bringen. Im Hinblick auf ihre seit Monaten arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen wird ihnen das ideell nicht allzu schwer fallen, so daß sie auch über die materiellen Bedenken hinwegkommen.

Das ist um so notwendiger, als noch gar keine Aussicht auf Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse vorhanden ist. Hinzu kommt, daß das Frühjahr uns Kämpfe bringen wird, denen wir nicht ungerüstet entgegengehen dürfen. Da ist es Pflicht des Vorstandes, zeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit wir nicht plötzlich vor dem Nichts stehen.

Der Vorstand glaubt nicht, daß es angesichts dieser Situation einen Funktionär und ein Mitglied innerhalb unseres Verbandes gibt, die nicht einsehen würden, daß die Erhebung des Extrabeitrages eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Der Vorstand glaubt nicht, daß die vollarbeitenden Mitglieder den arbeitslosen Verbandsmitgliedern die solidarische Hilfe versagen. Außerdem, kann nicht jeden das gleiche Schicksal treffen? Kann nicht jedes Mitglied im Laufe des Jahres in Kämpfe verwickelt werden? Deshalb ruft der Vorstand auf zur Solidarität. Lasse sich niemand zur Solidarität zwingen, denn Solidarität ist eine freiwillig übernommene und vielleicht die schönste Pflicht. Erfülle sie.

Die „Volshochschule“ der Unternehmer.

VI

Dr. Erich Schmidt schildert nunmehr die Entstehung der Gewerkschaften. Es dürfte für ihn keine angenehme Erinnerung sein, mitteilen zu müssen, daß dieselben Unternehmer, die heute diese gelbe Werksvereinschule finanzieren, an der er die Ehre hat zu reden, im Jahre 1918 mit den freien Gewerkschaften vertragliche Abmachungen trafen, die einen Fußtritt für den gelben Mahren bedeuteten. In diesen Abmachungen vom 15. November 1918 steht bekanntlich der Satz:

Die Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände werden die Werksvereine (die sogenannten wirtschaftsriedlichen Vereine) fortan vollkommen sich selbst überlassen und sie weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen.

Dr. Schmidt teilt seine Vorträge in Kapitel und Paragraphen ein; seine Thesen sollen wohl so eine Art Werksvereinsgesetzbuch sein. Schon im 3. Kapitel § 2 stellt er die gewerkschaftliche Unfähigkeit fest. Wozu zu sagen wäre, wenn schon jemand aus irgendwelchen Gründen zu gewerkschaftlicher Tätigkeit unfähig ist, braucht er doch

nicht gleich für gelbe Werksvereine sich zu begeistern. Wir wissen sehr wohl, daß die Werksvereine keine hohen Anforderungen an die Intelligenz ihrer Mitglieder stellen, dagegen müssen die Mitglieder und Funktionäre der freien Gewerkschaften hohe geistige und moralische Eigenschaften mitbringen. Dr. Schmidt sagt in seinem § 2 Kapitel 3:

Trotzdem die Gewerkschaften die stärkste Macht durch die Revolution geworden sind, können sie wegen passivistischen und wirtschaftspolitisch-marginalistischen Einstellung nichts Brauchbares schaffen.

Nach Dr. Schmidt müßten also die Gewerkschaften kriegerischer und gewerkschaftsvereintlich eingestellt sein, dann würden sie Brauchbares schaffen können. Was denn zum Beispiel?

Herr Schmidt muß noch nicht lange in Deutschland wohnen, denn er sagt in Kapitel 4 im letzten Vers:

Die Gewerkschaftspolitik hat eine Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeitnehmerschaft gebracht.

Wenn Herr Schmidt diesen Satz noch öfters wiederholt oder ähnliche Sätze von gleicher Güte prägt, so wird er doch kein Unheil anrichten, wie er ja übrigens auch seither schon den Beweis erbracht hat, daß er den freien Gewerkschaften kein Haar krümmt.

Einen kaum gläublichen Satz leistet sich Dr. Schmidt in seinem Vortrag über „Klassenkampf oder friedliche Verständigung?“, indem er im 2. Kapitel § 1 sagt:

Träfe die Gewerkschaftslehre zu, dann müßte der durchschnittliche Reallohn von der Macht der Gewerkschaften abhängig sein. In Wirklichkeit ist aber der durchschnittliche Reallohn eines Landes abhängig von dem Stand der Volkswirtschaft.

Das ist jedenfalls nicht die freie Gewerkschaftslehre, die Dr. Schmidt seinen Schülern erzählt, sondern eine von ihm für seine Zwecke erfundene. Wenn uns Dr. Schmidt einen so naiven freien Gewerkschaftsführer vorstellen kann, der behauptet, der Reallohn hänge lediglich von der Stärke der Organisation ab, andere Faktoren gäbe es nicht, die auf die Lohnhöhe Einfluß ausüben, dann erhält er einen Laler. Daß aber ohne Gewerkschaften die Lohnhöhe eine unerträgliche wäre, sehen wir in der Heimindustrie; wo die Eltern auf die Kinder in der Regel nichts zu vererben haben als Not und Schwindel. Aber auch der zweite Satz im letzten Zitat steht auf sehr schwachen Füßen. Als es freie Arbeiterorganisationen noch nicht gab, da hing der Reallohn wirklich nicht vom Stande der Volkswirtschaft ab, sondern lediglich von der Auffassung der Unternehmer über das äußerste Existenzminimum für die Arbeiter. Vielleicht weiß Dr. Schmidt, daß 1824 in den Spinnereien des Bezirks Düsseldorf 6jährige Kinder in 11stündiger Nacharbeit zugrunde gerichtet wurden. In Köln wurden sogar 5jährige Kinder für einen Lohn in Höhe eines Almosen in Textil-, Hut- und Porzellanfabriken beschäftigt. In einem Bericht über den Gesundheitszustand dieser Kinder an den Minister von Altenstein heißt es: „Bleiche Gesicht, matte und entzündete Augen, aufgedunsene Backen, geschwollene Lippen und Nasenflügel, Drüsenanschwellungen, Hautausschläge und asthmatische Anfälle.“ Und im Jahre 1828 haben die Militärbehörden festgestellt, daß die Fabrikjungen das Rekrutenkontingent nicht stellen können. Die männliche Jugend war ausgemergelt, ausgehungert, kranke, rachitisch, degeneriert. Ja, Herr Doktor Schmidt, damals war Harmonie in den Werken, d. h. die unorganisierte Arbeiterschaft hatte nichts zu sagen. Der Unternehmer allein setzte den Hungerlohn fest. Und heute? Wird der Stand der Volkswirtschaft nicht in erster Linie gemessen an den Bedürfnissen der Unternehmer, Aktionäre und deren Angehörigen? Kommt nicht als der unangenehmste Ausgebeposten ganz zuletzt der verfluchte Lohn? Für sich selbst, für die eigenen Angehörigen, für Hakenkreuzler und Fremdenverderber sind die Unternehmer gefehrendig, aber beim Lohn? Man braucht nur davon anzufangen, dann ist die gute Laune und alle Freundschaft zum Teufel.

Zum gleichen Thema sagt Dr. Schmidt unter Kapitel 3 § 2: Die passivistische Einstellung und die von ihr herbeigeführte Revolution von 1918 haben unserer Wirtschaft die Stärke der staatlichen Macht genommen, wodurch die Wirtschaftskraft gebrochen, was, abgesehen von den Kriegsschadensersatzleistungen an unsere Feinde, den Reallohn herabdrücken muß.

Endlich wissen wir, wer die Revolution gemacht hat: die freien Gewerkschaften. Dr. Schmidt mußte das schon längst, hat aber bis jetzt nichts davon verraten. Vier Jahre Krieg hat der Wirtschaft natürlich nicht geschadet. Die nachgewiesene Stumperei der Heerführer hat auch nichts geschadet. Und daß unsere damaligen Berufsblätter uns den Krieg beschrift haben mit seiner Niederlage, und wir Kriegsschadensersatz zahlen müssen, selbstverständlich sind daran die freien Gewerkschaften schuld. Vor solcher Logik verstummt jede Widerrede.

Unter Kapitel 4 § 3 kommt Dr. Schmidt dann auf das Dames-Entschelten und meint, Unternehmer und Arbeiter müßten gegen unsere Feinde eine nationale Notgemeinschaft zur Abwehr nach außen schaffen. Wir können Dr. Schmidt verraten, daß unsere Unternehmer mit unseren Feinden schon längst Freundschaft geschlossen haben. Sie sind finanziell aufs engste verflochten. Unsere Feinde sitzen in unseren Aktiengesellschaften und unsere deutschen Unternehmer sitzen in fremdländischen Unternehmungen. Wie die „Industrie- und Handelszeitung“ in ihrer Nr. 43 vom 20. Februar 1926 mitteilte, hat der Geschäftsführende Ausschuss der Kartellstelle des

deutschen Industrie beschlossen, einen Unterausschuß für internationales Kartellwesen einzusetzen. Deshalb hinein in die nationale Volksgemeinschaft hinein in die Werkvereine.

In seinen Ausführungen über die Werksgemeinschaft als Weg zu wirtschaftlicher Gesundheit und sozialem Frieden kammer der Arbeiterführer Dr. Schmidt natürlich auch über die hohen sozialen Lasten, die von der Industrie zu tragen sind. Die Unternehmer haben überhaupt keine sozialen Lasten zu tragen. Die sozialen Lasten sind lediglich ein Bruchteil des Arbeitsvertrages, zum Zwecke der Erhaltung der Arbeitskraft, zur Erhaltung der Arbeitsinvaliden, der Krüppel und Altersrentner usw. Der für soziale Zwecke zur Verfügung stehende Betrag ist heute schon zu gering, ist aber Herr Dr. Schmidt noch zu hoch. Soll der Betrag auch von Parasiten verbraucht werden?

Einen Kernsatz von Amlogik prägt Dr. Schmidt wieder, wenn er sagt:

Die bisherige Organisation der Wirtschaft läßt eine Besserung nicht erhoffen. Die Fehler liegen auf Seiten der Unternehmer wie der Arbeiter und sind das Ergebnis marxistischer Denkmä.

Der Marxismus ist die Spähling, die das ganze Denken Schmidts beherrscht. Also auch die Unternehmer denken marxistisch. Wozu dann sozial reden? Dann sind wir wohl einig, wenn wir alle marxistisch denken, dann sind ja wohl auch die Unternehmer Sozialdemokraten. Dann ist der Kampf Dr. Schmidts ansichtslos.

Aber so ist es natürlich nicht, wenn auch die Ausführungen Dr. Schmidts eine andere Schlußfolgerung kaum zulassen. Die Arbeitnehmer sind überhaupt nicht schuld an der fehlerhaften Organisation der Wirtschaft, denn sie haben ja gar nichts zu sagen. Es ist für die Werkvereiner recht schmeichelhaft, von ihrem Führer zu hören, daß sie auch noch die wirtschaftlich organisatorischen und technischen Unterlassungsünden der Unternehmer auf sich nehmen müssen. Hören wir, was Dr. Schmidt weiter zu sagen hat:

Beide Organisationen, die der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, vertreten nur einseitig ihre Interessen. Anstatt gemeinsam das Gedeihen des Betriebes und der Gesamtwirtschaft im Auge zu haben, stehen sie im Kampfe gegeneinander.

Als diesen Verhältnissen und aus der Not heraus führt der Weg der Werksgemeinschaft.

Die Arbeiterschaft kann ja ernstlich die Interessen eines Betriebes nicht wahrnehmen, weil sie in die Geschäftsabwicklung, Finanzierung usw. keinen Einblick und auch nichts zu sagen hat. Wo soll das besondere Interesse des Arbeiters herkommen für Dinge, die — wie der Unternehmer sagt — ihn nichts angehen, und für einen Betrieb, aus dem er jede Stunde entlassen werden kann. Daß sowohl Arbeiter wie Unternehmer ihre Interessen vertreten, ist wohl das logische Ergebnis der Wirtschaftssituation. Dr. Schmidt weiß doch aus Erfahrung, wie schwer es ihm fällt, die Arbeiter vom Gegenteil zu überzeugen. Oder wessen Interessen werden denn in den Werkvereinen vertreten?

Für seine Werksgemeinschaftsarbeit formuliert Dr. Schmidt bestimmte Grundätze. So steht er unter c die Forderung: „Jeder an den richtigen Platz oder der Beste auf den besten Platz.“ Bei manchen werkvereinsfreundlichen Unternehmern ist heute der Hakenkreuzler der Beste, woraus sich schon ergibt, wer auf den besten Platz gehört. Mit Beispielen kann auf Wunsch gedient werden. Dann heißt es unter d: „Dadurch wird erzielt Anstiegs-möglichkeit, damit Ausgleich der Gegensätze.“ Die ganze Sache ist so einfach, und wir wußten das selber nicht. Kann werden wohl bald alle Arbeiter aufsteigen zu Vorarbeitern, Meistern, Betriebsleitern, Direktoren usw. Also jeder hat, wenn auch nicht den Marzschaffstab im Tornister, so doch die Hoffnung auf — ja auf was denn?

Dann sagt Dr. Schmidt unter e: „Der Frage der Stammarbeiterchaft ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.“ Merkt da was? Soll das Wort Stammarbeiterchaft richtig überseht nicht Werkvereiner heißen?

Aufschließend gibt dann Dr. Schmidt Anweisung über Gründung und Aufbau einer Werksgemeinschaft und schließt mit den Worten, daß das Hauptgewicht auf der einzelnen Werksgemeinschaft, nicht in einer Überorganisation, einem großen Verbände, ruht. Freilich, denn in einem solchen könnten die braven Mitglieder sich ihrer Stärke bewußt werden und auf allerlei Gedanken kommen. Die Arbeiterschaft soll aber nicht denken, das besorgen die Unternehmer und ihre Beauftragten. Schlaf, Frieden, Schlaf.

So steht also die „Volkshochschule“ der deutschen Arbeiter vor uns. So steht die Wissenschaft aus, die unsere Unternehmer an die Arbeiter verzapfen lassen. Mit dieser Wissenschaft ausgerüstet, werden die Arbeiter nicht aufsteigen, werden sie nicht zu den Tüchtigsten zählen, es sei denn, daß die mit dieser Wissenschaft verbundene Selbsterziehung Vorteile bringt. Wer solche Wissenschaft ohne Widerpruch über sich ergehen läßt, der ist wert, Mitglied eines Werkvereins zu sein. Daß aber mindestens innerer Widerpruch gegen diesen Lehrstoff vorhanden ist, das beweisen die Instruktionen verschiedener Volkshochschulen“ an die Redaktion des „Proletariats“. Was der Geist rebelliert. Bei jeder Konstante rebelliert der 12. Mensch gegen eine Wissenschaft mit lausend Widersprüchen. Die auf der Unternehmer-Volkshochschule“ vorgetragene Wissenschaft hat zur Voraussetzung: Marxistische, Werkvereinsgründung. An der Marzführung wird aber noch mancher „Geistesherd“ kochen, wie schon so viele selber. Und wegen Dr. Schmidt und seiner Werkvereine machen wir uns keine Sorgen. Und wenn alle Lehrer der „Unternehmer-Volkshochschule“ mit Engelszungen reden, die Entschädigung in ihrem Lauf hält weder Schmidt noch Engel auf.

Jahresbericht des Ganes 9 (Nordbayern) über das Jahr 1925.

Dem inneren Widerstand der Organisation im Vorjahre wurde entgegen eine Zeitspanne des inneren Zwanges folgen. Dies ist in weitgehendem Maße gelungen. Die wichtigste Bewegung der Mitgliederzahl in den letzten Jahren ist zum Stehen gebracht worden. Die Leistungen der Mitglieder sind erheblich ge-

messen. Bei gleichgebliebener Mitgliederzahl hat sich die Zahl der Beiträge gegen das Vorjahr um 108.000 Mk. vermehrt. Die Einnahmen aus Beiträgen sind um 175.435 Mk. gestiegen. Die Beitragsleistung pro Mitglied betrug im ersten Quartal 5,44 Mk., im zweiten Quartal 5,94 Mk., im dritten Quartal 6,91 Mk. und im vierten Quartal 7,48 Mk. Die Leistungen der Mitglieder für den Verband hat also von Quartal zu Quartal zugenommen. Den Jubiläen, die hieran nicht beteiligt waren, ist Hochachtung dringend empfohlen.

Aus dem Umstand, daß dem Verband in unserem Gau im Jahre 1925 über 7000 neue Mitglieder zugeführt werden konnten, ist eine große Lebhaftigkeit in der Agitation zu ersehen. Leider steht diesen Zugängen eine gleich große Zahl an wieder Verlorenen gegenüber, diese Tatsache zeigt, wo wir künftig den Hebel ansetzen müssen.

Auch im laufenden Geschäftsjahr haben wir aus den Kämpfen mit den Arbeitgebern nicht herangekommen. Es war möglich, insbesondere in der ersten Hälfte des Jahres, die Lohnsätze weiter vorwärts zu bringen, jedoch nicht immer ohne Kampf. Wir mußten in einer Reihe von Industrien hart, zum Teil sehr lang andauernde Streiks führen.

In der Speckstein-, Kalk-, Chamotte- und Wandplattenindustrie war es möglich, nach kurzen, meist nur mehrwöchigen, Streiks das Kampfziel zu erreichen. In der Bayerischen Ziegel-Industrie mußten wir zweimal zum Mittel der Arbeitsniederlegung greifen, um die Durchführung von Schiedssprüchen zu erzwingen, bzw. solche wesentlich zu verbessern. In der Woll- und Chromopapierindustrie wurde um einen von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedsspruch



ein monatelanger Kampf geführt, der seine Beendigung erst finden konnte, als die Arbeitgeber völlig auseinander gefallen waren.

Einen von den Arbeitgebern aus angezwungenen Kampf hatten wir in der bayerischen chemischen Industrie zu führen. Die Arbeitgeber weigerten sich nicht nur, eine Lohnerhöhung zu bewilligen — wie es in anderen Betrieben geschehen war — sondern sie forderten einen Lohnabbau bis zu 10 Prozent. Die Schieds- und Schlichtungsinstanzen einschließlich des Hauptarbiters in Berlin verlagten in diesen Streitfälle vollkommen, so daß es zum Streik kam. Der Arbeitgeberverband, der diese Maßnahme, weil von ihm provoziert, voranzugehen hatte, ließ durch seine Mitglieder (Direktoren, Werkmeister) in allen Werken Betriebsversammlungen abhalten, in denen den Delegierten für den Fall ihrer Nichtbeteiligung am Streik der blasse Himmel versprochen und andernfalls die schwärzeste Hölle angedroht wurde. Dadurch wurde erreicht, daß einige Betriebsbelegstellen einen Revers unterschrieben, nach welchem sie bis zum 1. 12. 1925 auf jede Lohnherabsetzung verzichteten. Alle anderen Werkangehörigen, gleichgültig ob organisiert oder nicht, wurden eine Woche nach dem ausgebrochenen Streik durch Ansperrung auf die Straße geworfen. Das Vorgehen der Arbeitgeber war eine Lehre an die Unorganisierten, daß es im Kampf zwischen Kapital und Arbeit keine Rücksichtnahme gibt, auch nicht für jene, die glauben, ein freundliches Lächeln des Herrn sei mehr wert als ein Gut in Ordnung gehaltenes Verhandlungsstück. Der Kampf wurde beendet durch einen Schiedsspruch des Bayerischen Landesschiedsrichters, der uns zwar keine Lohnherabsetzung brachte, aber den gegenseitigen Lohnabbau bis zum Frühjahr nächsten Jahres vertagte. Damit auch bei dieser ersten Sache der Humor nicht fehle, sei bemerkt, daß gerade solche Belegstellen, die den Schiedsverordnungs des Arbeitgebers unterschrieben hatten, gegen die Annahme des Schiedsspruches bei uns schärfsten Protest einlegten und uns mit der sofortigen Einreichung einer neuen Forderung von 25 Prozent beauftragten.

Die Arbeitslosigkeit im Gau war zu Anfang des Jahres recht mäßig, im zweiten und dritten Quartal gut und zu Ende des vierten Quartals außerordentlich schlecht. Der Mangel an Arbeit in der Wirtschaft im Dezember 1925 kam selbst solchen Volksgenossen überraschend, die recht tiefen Einblick in das wirtschaftliche Getriebe Deutschlands und der Welt besitzen.

Aus dem Vorgelegten ergibt sich, daß die Kampfsprache der Hauptmasse durch unsern Gau eine recht weitgehende war. Weit über 100.000 Mk. haben wir an unsere erwerbslosen Mitglieder für Unterhaltungen bezahlt und ein Mehrfaches dieser Summe an die Streikenden und Ansperrten. Es wurde bei dieser Gelegenheit allgemein recht angenehm empfunden, daß der Hauptarbitrer des Verbandes den Ansperrungen nach Zuspruch prompt und in der denkbar raschesten Weise Rechnung trug. Dafür sei ihm auch an dieser Stelle gedankt.

Für alle Gewerkschaftsmitglieder war es eine Freude, daß wir unseren vielen Arbeitslosen und Kurzarbeitern in dieser für sie recht fühlbaren Weise unter die Arme greifen konnten.

Der organisatorische Aufbau des Ganes ist fast der gleiche geblieben. Neu gestaltet wurde die Jahressitzung, während die Jahressitzung Oberhaupt mit Marxist-Reden noch verschönt wurde. Die Zahl der Jubiläen bleibt damit gleich.

Die folgenden unserer Bericht mit einem Dank der Gausleitung an alle Mitglieder und Verbandsfunktionäre für die dem Verband in allen Lagen bewiesene Ernte und Disziplin. Diese Eigenschaften bergen die Garantie in sich, daß wir auch im nächsten Geschäftsjahr vorwärts kommen.

Jugendbewegung.

Kommender Mangel an jugendlichen Arbeitkräften in der Industrie.

Eine immer wiederkehrende Erscheinung der kapitalistischen Wirtschaft ist die Wirtschaftskrise, die stets ein Überangebot von Arbeitskräften zur Folge hat, bei denen das angelegte Element in der Regel das vorwiegende ist. Von den Unternehmern wird diese Erscheinung weitgehend erregnet. Kaufkraftkonstante war niemals die feste Seite des Unternehmertums. Das Vorhandensein großer Arbeitslosenheere ermöglichte einen schmerzhaften Bau der Industrie an der Ware Arbeitskraft.

Die folgende Angelegenheit weisen darauf hin, daß sich jedes Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft in absehbarer Zeit wesentlich verschleppen wird, wenigstens, soweit jugendliche Arbeiter in Frage kommen.

In der Zeit von 1915 bis 1919 ist die Geburtenziffer in Deutschland stark gesunken. Während im Jahre 1912 noch 1.425.596

Geburten zu verzeichnen waren, sank die Zahl im Jahre 1915 auf 1.425.596. Noch stärker ging die Zahl der Geburten im Jahre 1917 zurück, nämlich auf 889.888. Das ist ein Rückgang gegenüber 1912 von weit über 50 Prozent. 1919 war die Geburtenzahl allerdings schon wieder auf 1.299.040 gestiegen, obwohl die abgetretenen Geburten bei Aufstellung dieser Zahl nicht mehr in Betracht kamen. Folgt man zu den gemäßigten Menschenverlusten des Weltkrieges die Zahlen des Geburtenrückganges hinzu, so kann man sich erst ein klares Bild machen, welche wirtschaftliche Verarmung in Deutschland durch den Weltkrieg verursacht worden ist. Die Auswirkung dieses Ausfalles an Arbeitskraft auf die Gestaltung des Arbeitsmarktes ist heute noch nicht vollständig zu übersehen, da man den Jutrom der in Betracht kommenden Jugendlichen heute nur annähernd schätzen kann. Hinzu kommt, daß jene Jugendlichen in der größten Zeit der Entbehrung aufgewachsen sind und daß ihr Gesundheitszustand und ihre körperliche Entwicklung hinter der Norm zurückbleibt. Wie neuere Statistiken aus den Großstädten ausweisen, ist die Zahl der Todesfälle im Alter von 16 bis 20 Jahren in bedeutender Zunahme begriffen. Tuberkulose sowie andere Krankheiten treten in diesem Alter in erheblich verstärkter Zahl in Erscheinung. Wenn man auch im großen und ganzen heute noch kein Gesamtbild zeigen kann, so geben einige vorliegende Resultate doch schon einen Anhalt, der allerdings nicht zu den besten Hoffnungen berechtigt. Für die Städte Elberfeld und Harburg liegen uns Berechnungen darüber vor, die die dortigen Berufsämter angefertigt haben. In Elberfeld werden im Jahre 1926 (also Geburtsjahr 1912) 928 Knaben und 857 Mädchen in den Volksschulen zur Entlassung kommen, 1930 (Geburtsjahr 1916) werden es nur noch 609 Knaben und 589 Mädchen und 1932 (Geburtsjahr 1918) sogar nur noch 371 Knaben und 352 Mädchen sein. In den Jahren 1935 und 1936 wird ein verhältnismäßig starkes Anwachsen der Zahlen eintreten, denn es werden 839 bzw. 828 und 787 bzw. 783 Mädchen entlassen werden. Dann tritt wieder ein Rückgang ein, so daß 1938 (Geburtsjahr 1924) wieder nur 655 Knaben und 652 Mädchen die Schule verlassen werden. Aus Harburg wird für 1925 berichtet, daß 805 Knaben zur Schulentlassung kommen, 1930 werden es 521, 1932 aber 487 sein. Nach dann folgendem stärkeren Ansteigen geht die Zahl für 1937 wieder auf 548 zurück.

Angesichts dieses kommenden Ausfalles wirft sich die Frage auf, ob es in kommenden Jahren gelingen wird, den für Deutschland nötigen Nachwuchs an Facharbeitern zu bekommen. Europa und insbesondere Deutschland werden sich entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung in der Nachkriegszeit in steigendem Umfange auf die Qualitätsarbeit einstellen müssen. Qualitätsarbeit ist Qualitätsarbeiter voraus. Qualitätsarbeiter bzw. deren Nachwuchs sind aber nur zu erzielen, wenn endlich einmal auch eine weitgehende Reform der Berufsausbildung und des Lehrlingswesens geschaffen wird, die der modernen Industrie und den neuen Produktionsformen angepaßt werden. Das steht voraus, daß das heutige Ausbeutungsverhältnis der Jugendlichen durch den Lehrvertrag sowie die mangelhafte Berufsausbildung aufhört.

Der Vorstand des NDGB hat in Erkenntnis dieser Sachlage am 11. November v. J. auf Antrag seiner Jugendabteilung dem Reichsarbeitsministerium folgende Stellungnahme zu dieser Frage gegeben:

Wie uns bekanntgeworden ist, beschäftigt sich das Reichsarbeitsministerium mit den eventuell zu treffenden Maßnahmen, die sich aus der erwartenden Verminderung des Jutroms jugendlicher Arbeitskräfte in den nächsten Jahren notwendig machen. Wir wollen hiermit zu dieser Frage im folgenden unsere Meinung darlegen.

1. Die künftige geringere Anzahl von uns Erwerbsebenen tretenden Jugendlichen wird die Tatsache, daß von den Jugendlichen und auch ihren Eltern sogenannte „Modoberufe“ übermäßig bevorzugt werden, stärker als bisher in Erscheinung treten lassen. Soll verhindert werden, daß bestimmte Berufe in Zukunft ohne Nachwuchs bleiben, so wird mehr als bisher die Festlegung von Lehrlingshöchstzahlen für alle Berufe in Frage kommen. Unter Umständen müßten sogar Kontingentierungen erfolgen.

2. Um nicht durch ungeeignete Lehrbetriebe oder Lehrmeister für die Gesamtheit schädigende Zeit- und Kraftverluste eintreten zu lassen, muß eine genauere Anlese der Betriebe und Personen erfolgen. Lehrlingshaltung darf erst nach Feststellung der persönlichen und fachlichen Eignung dafür zulässig sein.

3. Um den Jugendlichen bzw. den Eltern das Finden des „richtigen“ Berufs, d. h. des Berufs, der den Anlagen und Fähigkeiten des Jugendlichen entspricht, zu erleichtern, müssen Schulen und Berufsberatungsstellen mehr als bisher berufsmäßige Aufsichtung verbreiten. Zur Mitarbeit hierbei waren und sind die Gewerkschaften bereit.

4. Der Hauptgrund dafür, daß viele Jugendliche sofort nach der Schulentlassung als sogenannte „Ungelehrte“ in ein Arbeitsverhältnis eintreten, ist die schlechte wirtschaftliche Lage der Eltern. Die Lehrgeld erfordert zu große finanzielle Opfer von den Eltern. Soll es möglich und bestmögliche Jugendlichen ermöglicht werden, einen Beruf zu erlernen, auch dann, wenn die Eltern keine Opfer zu bringen in der Lage sind, so muß in den meisten Berufen eine ganz bedeutende Erhöhung der sogenannten Kostgebühren eintreten. Die von verschiedenen Berufsberatungsstellen gemeldete Tatsache, daß für einzelne Berufe schon heute schwer Lehrlinge zu finden sind, erklärt sich häufig daraus, daß für eine schmutzige, anstrengende und vor allem stark die Kleider abnutzende Tätigkeit eine Entlohnung von 4, 6, 7 und 8 Mk. pro Woche in den vier Lehrjahren gezahlt wird. Die in Frage kommenden Gewerbezweige werden den wirtschaftlichen Notwendigkeiten mehr als bisher Rechnung tragen müssen. Eine Gewährung von Beihilfen aus öffentlichen Mitteln an Lehrlinge bzw. Eltern räume außerdem in vielen Fällen außerordentlicher Not in Betracht.

5. Die Voraussetzung für die Wirksamkeit aller erwähnten Maßnahmen ist die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer bei der Regelung der Lehrlingsverhältnisse. Es muß deshalb in diesem Zusammenhang ausgesprochen werden, daß es den Gewerkschaften unverständlich ist, daß die Fertigstellung des Berufsausbildungsgesetzes noch immer nicht erfolgt ist. Der Natur der Sache nach und auch nach den bisher bekanntgewordenen Absichten der Reichsarbeitsministerien müssen die Fragen der Berufsausbildung nach bestimmten gegebenen Richtlinien durch die Selbstverwaltungskörper der Wirtschaft geregelt werden. Soll diese regelnde Tätigkeit in den Jahren, die den stark verminderten Arbeitsnachwuchs in Erscheinung treten lassen, bereits ausgeübt werden, so müssen innerhalb kürzester Zeit die Organe dafür geschaffen werden. Das Berufsausbildungsgesetz soll diesen Organen erst die Darstellungsgrundlage geben. Wir ersuchen deshalb das Reichsarbeitsministerium dringend, alles zu tun, was die Fertigstellung dieses Gesetzes beschleunigen kann.

Einen Durchschlag dieses Schreibens haben wir gleichzeitig dem Reichswirtschaftsministerium zugehen lassen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, gez. Leipzig.

Der Reichsarbeitsminister, hat darauf antwort am 30. November 1925 geantwortet:

Für Ihre wertvollen Anregungen sage ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank.

Der neubearbeitete Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes liegt seit einiger Zeit bei mir vor. Die endgültige Fassung des Entwurfs, wie er den gesetzlichen Körperlichkeiten vorzulegen wäre, verlangt aber noch ein Zusammenwirken mit anderen Reichsressorts. Die größte Beschleunigung der gesetzgeberischen Arbeit auf diesem Gebiete halte auch ich für geboten.

In Vertretung: gez. Dr. Geib.

Diese Probleme gewerkschaftlicher Jugendarbeit fassen hier nicht auf. Zweifellos sind die sich hier ergebenden Perspektiven nicht zu unterschätzen. Sie können ein neues fruchtbares Feld für gewerkschaftliche Ertüchtung werden. Zunächst gilt es allerdings, mit aller Energie auf eine bündige Schaffung des neuen Berufsausbildungsgesetzes zu drängen, welches, wenn es durch unsere Mitarbeit von dem nötigen sozialen Geiste beeinflusst ist, die Plattform einer neuen Entwicklung werden kann. Gegeleit

Besitzsteuerabbau und Erwerbslose.

Warnung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt nach Entgegennahme des Berichts ihrer dem Sozialen Ausschuss angehörenden Mitglieder einstimmig fest:

Das in den letzten Tagen bekannt gewordene Regierungsprogramm zur Erwerbslosenfürsorge bleibt hinter den bescheidensten Erwartungen und auch hinter der Erklärung des Reichskanzlers weit zurück. Im Dezember wurde die ausreichende Erhöhung der Unterstützungssätze und der Ausbau der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge mit dem Hinweis auf das Fehlen einer neuen Regierung zurückgestellt. Jetzt, nachdem die Regierung gebildet ist, soll abgesehen von einer beschränkten Kurzarbeiterunterstützung, überhaupt nichts weiter geschehen.

Die von der Sozialdemokratie im Sozialen Ausschuss gestellten Anträge auf Erhöhung der Unterstützungssätze, Gewährung von Beihilfen an die Ausgesteuerten und Beseitigung der zeitlichen Beschränkung in der Unterstützungsdauer sind aber das Mindestmaß der augenblicklich erforderlichen Notstandsmaßnahmen.

Die Programmrede des neuen Reichsfinanzministers hat die Bestätigung für die Annahme geliefert, daß dem Reiche Mittel zur ausreichenden Milderung der sich ständig verschärfenden Not der unschuldigen Opfer der Wirtschaftskrise zur Verfügung stehen. Bleibt es bei den Absichten der Reichsregierung, die Steuerlasten, also auch die Besitzsteuern zu senken, aber nichts zu unternehmen, um die Fürsorge für Erwerbslose zu verbessern, so bedeutet das, daß die Reichsregierung allen Kreisen des Volkes helfen will, mit Ausnahme der am meisten unter der Wirtschaftskrise leidenden.

Die Sozialdemokratie warnt vor einer solchen Politik, weil sie nicht zur alsbaldigen Linderung der Wirtschaftskrise beiträgt. Sie hält den Abbau von Besitzsteuern für unmöglich, solange nicht ausreichend für die Opfer einer falschen Wirtschaftspolitik gesorgt ist.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Nochmals die Sprengstoffexplosion in Schlebusch.

Wir brachten in Nr. 8 des "Proletariats" einen Bericht über die Sprengstoffexplosion auf der Karbonitfabrik in Schlebusch, bei der am 9. Februar 5 Arbeiter sofort getötet und einer so schwer verletzt wurde, daß er gleich nach Eintreffung in das Krankenhaus verstarb. Nach den Angaben der Unternehmer sind die Gefahren in der Sprengstoffindustrie nicht größer als anderwärts. Häufig wird den verunglückten Arbeitern nachgesagt, daß sie durch Leichtfertigkeit bei der Arbeit das Unglück selbst verschuldet hätten. Es sind auch schon Stimmen laut geworden, die die verunglückten Arbeiter noch schwerer belasten, weil sie angeblich nicht nur sich selbst geschädigt, sondern auch ihre Mitarbeiter gefährdet und den Arbeitgeber um hohe Sachwerte gebracht haben. Solche Ansichten können sehr leicht geäußert werden, weil den Verunglückten der Mund für ewig geschlossen ist und eine Nachprüfung an der Unglücksstelle die Ursachen der Explosion nicht mehr erkennen läßt.

In Schlebusch ist das Menghaus in die Luft geflogen. Hergestellt wird dort nur Sicherheitsprengstoff, der nach Angabe der Arbeitgeber fast ungefährlich ist und namentlich im Menghaus keinerlei Gefahren für die Arbeiter mit sich bringen soll. Wenn dem so ist, müssen die Gefahrenursachen in der Maschinentechnik gesucht werden. Da die Maschinen vollständig vernichtet sind, lassen sich evtl. vorhandene Fehler und Abnutzungen nicht mehr feststellen. Wenn die Behörden darüber Bemerkungen anstellen wollen und zu diesem Zweck Zeugen aus Arbeiterkreisen vernehmen würden, ließe sich feststellen, ob die Bolzen der Kippvorrichtung an der Mengmaschine in Ordnung waren, oder ob ein Bolzenbruch während des Kippens eingetreten ist. Auch ließe sich vielleicht feststellen, ob der Gummiband an den Aufschlagstellen der Maschinen vorhanden oder unbeschädigt war, so daß beim Kippen keine Funken entstehen konnten. Daß in dieser Richtung Mängel vorhanden waren und die Ursache der Explosion darin zu suchen ist, ist immerhin wahrscheinlich. Auch Feststellungen, ob im Menghaus Akkord- und Prämienarbeit geleistet wurde und ob diese Arbeitsweise dazu angefangen war, die notwendige Vorsicht der Arbeiter einzuschränken oder aufzuheben, dürfte einiges Licht in die Angelegenheit bringen.

Als die Kunde von der Explosion in die Lande ging und bekannt wurde, daß wieder sechs brave Arbeiter der Sprengstoffindustrie auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen waren, wurde das Mitleid mit diesen Opfern ausgelöst und der Gedanke rege, daß die Sprengstoffindustrie ein Würgeengel der Arbeiter ist. Aber solche Seelenstimmungen sind nicht von langer Dauer. In unserer schnelllebigen Zeit wird ein solches Ereignis schnell vergessen. Dem Verband fällt da die Aufgabe zu, Verhältnisse anzustreben, die solche Unglücksfälle unmöglich machen. Vorerst wehren sich die Arbeitgeber noch, die Akkord- und Prämienarbeit in der Sprengstoffindustrie zu beseitigen. Sie wollen auch nicht reiflos zur achtstündigen Arbeitszeit in der Sprengstoffindustrie zurück, weil ihnen der Profit höher steht als Arbeiterleben. Angesichts der immer wiederkehrenden tödlichen Unfälle in der Sprengstoffindustrie muß die preussische Regierung entsprechend dem Beschluß des Landtags die Initiative ergreifen, um den Achtstundentag in der Sprengstoffindustrie wieder zur Geltung zu bringen und die Akkord- und Prämienarbeit reiflos zu beseitigen. Die Übertragung der Arbeitsverhältnisse in der Sprengstoffindustrie Preussens auf das Reich könnte dann nicht lange auf sich warten lassen. g.

Neue Unfälle.

Ein schweres Unglück hat sich in Dramenburg am 18. Februar im Glanzwerk Kayser zugehört. Vor einem Schachofen waren die Arbeiter Lütke und Winkendorf mit Schmelzschöpfen beschäftigt, als plötzlich unter heftigen Rauch eine Explosion erfolgte. Die Arbeiter der Arbeiter wurden zu tödlichen Verletzungen in Flammen. Arbeitskollegen eilten herbei, um die in allergrößter Gefahr befindlichen

Arbeiter zu retten. Es gelang ihnen, die Flammen zu löschen. Die Verbrennungen waren so schwer, daß die beiden ins Krankenhaus transportiert werden mußten.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich ein solcher Unfall ereignet. Und was war die Ursache? Selbstverständlich unvorsichtiges Handeln, wie durch die Unachtsamkeit festgestellt worden ist. Die Arbeiter sind in anderer Hinsicht. Die Drahtzieher ist in erster Linie daran schuld. Diese Arbeit, die früher von 4 Arbeitern geleistet wurde, muß jetzt auf Anordnung der Betriebsleitung von 3 Arbeitern ausgeführt werden. Daß bei der sich heraus ergebenden Selbstkontrolle nicht immer die größte Vorsicht waltete, kann nicht bestritten werden. Der Betrieb hat sich dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie angeschlossen, und zählte eine Prämie für die schwere und gefährliche Arbeit über den sonst üblichen Lohn. Vor kurzem wurde diese Prämie den Arbeitern ganz resp. teilweise genommen. Folge: Erneute Selbstkontrolle. Leider steht es mit der Organisation in diesem Betriebe nicht zum besten aus. Die meisten Mitglieder hat wohl der Arbeitgeberverband, der in diesem Betriebe überhaupt nichts zu suchen hat. Wir richten angesichts des Unfalls und der sonstigen arbeitslosen Zustände die Mahnung an die Arbeiter vom Hüttenwerk: Arbeit ein in die gewerkschaftliche Organisation, den Verband der Fabrikarbeiter, stellt auch in die Reihen der kämpfenden Kollegen, stellt fest mit an der Verbesserung eurer Lage. Tut ihr es nicht, stellt ihr euch weiser objects, so macht ihr euch schuldig an der immer weiter umschleichenden Not in euren Familien.

Die Vergendung in der Kaliumindustrie.

Durch den Ausbau einer großen Anzahl von Kalkwerken, die später wieder stillgelegt werden mußten, wurden riesige Werke unrentabel verschleudert. Von den 224 ursprünglich in Betrieb gewesenen Schächten sind gegenwärtig nur noch 71 in Betrieb; 118 Schächte mit 441 Tausendstel Beteiligung sind stillgelegt worden, während 35 vorübergehend geschlossen sind. Die Besitzer der stillgelegten Werke erhalten bis 1935 Entschädigungen. Dabei ist ein Wert von 765 Millionen Goldmark vergütet worden. Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Nebenprodukten der Kaliumindustrie, für Chloromagnesium und Brom. Wie im Wirtschaftsdiensblatt ausführlich dargelegt wird, wurden auch die meisten Fabriken für Herstellung von Chloromagnesium haltgestellt und deren Lieferanteile beim Chloromagnesiumverkauf durch Verkauf auf die verbleibenden Produzenten übergegangen. Die Ausschaltung der Chloromagnesium-Fabriken wurde durch die in der Zeit der Stilllegung gerade recht ungenügende Marktlage beeinflusst. Sobald aber die frühere Nachfrage wieder aufleben wird, wird eine Materialknappheit eintreten. Die Preiserhöhungen nach sich ziehen wird. Das Bromsalz ist ein Nebenprodukt des Kaliumbergbaus, dessen Bedeutung in ständigem Steigen begriffen ist. Brom findet nicht nur für Arzneien, für die photographische und die Anilinfarbendrucke Verwendung, sondern wie jetzt bekannt wird, hat der Amaliumkonzern einen neuen Brennstoff für Verbrennungsmotoren erfunden, dessen Hauptbestandteil Brom ist und welcher bei wesentlich billigerem Preis ein noch weit besserer Verbrennungsmittel als Benzol sein soll. Für Brom dürfte sich nunmehr ein gewaltiges Absatzfeld erschließen lassen. Durch Schaffung eines Bromsyndikats als Verkaufsorganisation fast aller Bromproduzenten wurden die Preise für Brom auf etwa das Fünffache der früheren Preise heraufgesetzt. Die Folge der hohen Preise war zunächst eine Ausdehnung der Produktion, die sich aber begreiflicherweise große Schwierigkeiten nach sich zog. Statt aber die Preise wieder zu senken, ist das Syndikat dazu übergegangen, etwa zwei Drittel der früher produzierten Anlagen durch Stilllegung auszuscheiden. Auch haben die hohen Kartellpreise bewirkt, daß die Bromgewinnung aus Meerwasser in Amerika und Frankreich rentabel wurde. Diese Konkurrenz hätte bei Herabsetzung der Brompreise vermieden werden können. Während früher in der gesamten Kaliumindustrie zwischen 30 und 40 Bromfabriken tätig waren, nehmen davon heute, vor allem infolge der Stilllegung der Kaliumwerke, nur noch etwa 10-15 an der Erzeugung teil.

Papier-Industrie

Verprechen und Hallen.

Ein Vorgang, der sich bei der Firma Norddeutsche Zigarettenfabrik, Langenhagen, Inhaber Hölcher u. Dreimer, abgespielt hat, zeigt der Arbeiterschaft aus dem besten der Welt von Verprechungen der Arbeitgeber. Bei der Firma war seit einer Reihe von Jahren ein Arbeiter beschäftigt, der im Jahre 1919 einen schweren Unfall erlitt (Schädelbruch und linksseitige Lähmung). Von der Unfallversicherung ist dem Arbeiter eine Rente von 75 Prozent zuerkannt.

Dem in Frage kommenden Arbeiter wurde von einem Inhaber der Firma versprochen, daß er mit leichten Arbeiten beschäftigt werden und bei der Firma dauernd eine Brotstelle haben sollte. Trotzdem wurde der Arbeiter fristlos entlassen, angeblich, weil Herr Hölcher den betreffenden noch nie habe arbeiten sehen (beschäftigt wurde derselbe als Bote und Hilfsportier). Entgegenstehende Meinung über die Arbeitsleistung ist der Vorgesetzte des Arbeiters. Angeblich muß der betreffende Vorgesetzte den Firmeninhaber darauf aufmerksam gemacht haben, daß er mit der Arbeitsleistung des Arbeiters voll und ganz zufrieden sei. Herr Hölcher erklärte aber: Es bleibt bei der Entlassung, und damit ist die Sache für mich erledigt. Dem Arbeiter ist nun jede Möglichkeit genommen, zu seinem Rechte zu kommen, weil die Arbeiterschaft des Werkes es verweigert hat, sich eine Betriebsvertretung zu wählen.

Im vorigen Jahre trafen die Drucker und deren Hilfsarbeiter wegen Lohnhöherungen in den Streik. Nach Beilegung der Differenzen wurde der bisherige Vorsitzende des Arbeiterrats nicht wiedergewählt. An seine Stelle kam ein Handwerker, dessen Amtsführung die Arbeiter nicht befriedigte. Er legte nach ganz kurzer Amtsdauer seinen Posten nieder. Die Arbeiterschaft des Werkes ist also durch das Vorgehen dieses Vorsitzenden ohne Betriebsvertretung, denn die übrigen Mitglieder des Betriebsrats haben gleichfalls ihren Posten niedergelegt. Anerkannt soll werden, daß der Arbeitgeber die Wahl der Betriebsvertretung nicht verhindert hat. Nur infolge der Gleichgültigkeit und Ineresslosigkeit der Arbeiterschaft ist eine Neuwahl unterblieben. Die Arbeiter erleiden durch ihr eigenes Verhalten den Verlust wichtiger Rechte und materielle Schädigungen. Daß sich ein Vorgehen dem Arbeitgeber nur angenehm sein kann, liegt auf der Hand, und die Bezahlung und Befandlung der Arbeiterschaft ist auch danach einseitig. Den größten Schaden hat zunächst der betreffende Arbeiter, denn ihm ist die Möglichkeit genommen, Einspruch beim Betriebsrat zu erheben.

Unbedingt nötig ist, daß die Arbeiterschaft aus diesem Vorkommnis die Lehre zieht und sich solche Kollegen in den Betriebsrat wählt, die ihre Aufgabe ernst nehmen und nicht den Mantel nach dem Winde hängen, um bei dem Arbeitgeber nicht anzukommen. Also etwas mehr Selbstbewußtsein. Der Arbeiterschaft aber rufen wir zu: Schließt die Reihen im Verband der Fabrikarbeiter! Nur eine geschlossene organisierte Arbeiterschaft bietet Gewähr dafür, daß die Arbeiterschaft in ihren Rechten nicht geschädigt wird.

In der nächsten Zeit finden die Neuwahlen der Betriebsräte statt; hoffentlich wird dann auch die Arbeiterschaft der Firma Hölcher u. Dreimer sich ihre Vertretung wählen.

Lange Arbeitszeit — gesteigerte Unfallgefahr.

In der Schnitzerei Papierfabrik verunglückte in der Schleiferei ein Arbeiter schwer, indem er von einer Welle am Arme erfaßt wurde. In dieser Abteilung scheinen die Schutzvorrichtungen nicht die besten zu sein. Vor einiger Zeit geriet bereits ein Arbeiter ins Getriebe. Am Tage nach dem letzten Unfall wurde sofort die Schutzvorrichtung in Ordnung gebracht. Hieraus ist zu schließen, daß die Firma selber nicht genügend Sorgfalt für Leben und Gesundheit ihrer Arbeiterschaft verwendet hat. Wenn die Unfälle sich in der fraglichen Abteilung mehr, so ist nicht zuletzt die ungenügende lange Arbeitszeit schuld daran, denn bei der Art der

Arbeitsleistung langt die Spannkraft kaum 8 Stunden, geschneide denn 11 bis 12 Stunden, wie es hier üblich ist. Die Arbeiter müssen in zwei Schichten arbeiten, so daß es keine Gesundheit ist, wenn das Stundenpensum pro Woche vielfach 80 Stunden übersteigt. Sonntagsarbeit ist an der Tagesordnung. Die Firma operiert damit, daß sie die überstunden freiwillig geleistet werden. In der Praxis ist es aber so, daß Arbeiter, die sich weigern, länger zu arbeiten, sich auf die Dauer nicht halten können. Die Beauftragten der Direktion drohen bei den geringsten Vorkommnissen den Leuten mit Entlassung. Die Kündigungszeit hat man der Belegschaft genommen. Wiederholt kommt es vor, daß der Arbeiter die ominösen Prämien einfach als Strafen in Abzug gebracht werden. Die Arbeiter haben übrigens auf die Berechnung der Prämien keinen Einfluß, sondern man zahlt einfach nach eigenem Gutdünken von Zeit zu Zeit ein paar Pfennige aus.

Die Gewerbeaufsicht sollte solche Betriebe unter die Lupe nehmen und die Firma zwingen, den Schutz der Arbeiter nicht außer acht zu lassen. Die Firma versteht es sehr gut, der Belegschaft Sand in die Augen zu streuen. Hierfür ein Beispiel:

Weihnachts- und Neujahrsgruß 1925.

Zum Jahreswechsel sprechen wir allen Werkangehörigen unseren Dank für treue Mitarbeit aus. Erfreulicherweise sind wir in letzter Zeit von besonders schweren Unfällen verschont geblieben. Gott behüte uns auch alle im neuen Jahr! Im verflossenen Jahr ist nicht nur viel, sondern auch sehr schönes Papier erzeugt worden. Unsere Erzeugnisse genießen in der ganzen Welt den besten Ruf. Darauf können wir stolz sein. Es ist dies ein schöner Lohn für Fleiß, Sauberkeit, Ordnung und Pünktlichkeit.

Unserer Freude und Anerkennung geben wir durch ein kleines Weihnachtsgeschenk Ausdruck. Für den 2. Weihnachtstag wird der Verlagslohn ausbezahlt.

Papierfabrik Sebnitz, Aktiengesellschaft.
gez.: H. Jost.

Der Hinweis auf die Unfälle in der Zigarettenfabrik bekanntmachung ist ein Eingeständnis, daß unsere Kritik berechtigt ist. Hoffentlich ertlingt sich die Firma auch bald einen Vertrau in bezug auf soziale Maßnahmen.

Kolleginnen und Kollegen! Sorgt für eine straffe Organisation im Betriebe, denn sonst besteht die Gefahr, daß ihr unter die indischen Kulte herabfinst und der schlimmsten Ausbeutung zum Opfer fallt. Merkt euch: Mensch sein, heißt kämpfen sein, auch wenn man sich bettet, so schläft man.

Industrie der Steine und Erden.

Sie fühlen sich stark.

Die Unternehmer im allgemeinen und die Ziegeleibesitzer im besonderen fühlen sich jetzt besonders stark. Dieses Kraftgefühl ist so groß, daß es sich in irgendeiner Weise bemerkbar machen muß. Da man nun in anderen Industriezweigen die Situation bereits durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen weidlich ausgenutzt hat, können die Ziegeleibesitzer des Bezirkes Hannover nicht abseits stehen; auch sie haben entdeckt, daß jetzt der geeignete Moment gekommen ist, ein Geschäft zu machen. Zunächst kündigten sie den Rahmenvertrag und beantragten eine ganze Reihe Verschlechterungen, die hier nicht besonders aufgezählt werden sollen, die aber derartig einschneidender Natur sind, daß sie von der Arbeiterschaft abgelehnt werden müssen. Als Strafe für die Nichtannahme dieser Vor schläge wurde nun auch noch der Lohnvertrag gekündigt und ein 10prozentiger Abbau verlangt. Eine Begründung dieser Forderung wurde nicht für nötig gehalten, danach haben offenbar die Ziegeleibesitzer nicht zu fragen. Da man nun in jeder Verhandlung hören konnte, daß von allen Unternehmern die Ziegeleibesitzer die einzigen sind, die nichts verdienen, ist kaum damit zu rechnen, daß der Lohnabbau zur Verbilligung der Ziegeleiste dient, sondern vielmehr dazu, um endlich den langersehnten Verdienst zu erhalten. Man muß sich nur immer wieder wundern, daß trotz des "Nichtverdienens" ständig von Ziegeleibesitzern weitere Ziegeleiten zugekauft werden. Dies geschieht selbstverständlich nur deshalb, um die Arbeiter zu beschäftigen. Daß es sich um die Sicherung eines angemessenen Verdienstes handelt, gewinnt Wahrscheinlichkeit, wenn man erfährt, daß die Ziegeleibesitzer mit aller Kraft bestrebt sind, überall Verkaufszweigungen zu gründen und diese wiederum zu zentralisieren. Wie aus der Nr. 12 der "Lohnindustrie-Zeitung" hervorgeht, hat sich kürzlich in Berlin eine Vertreterversammlung des Verbandes der deutschen Ziegel-Verkaufsvereinigungen, e. V., mit wichtigen Fragen, wie Wirtschaftslage, Preisgestaltung, Absatz und Produktion, Kartelle usw., beschäftigt. Diese Fragen traten aber zunächst in den Hintergrund, da eine viel wichtigere Frage, nämlich die Organisationsfrage, den breitesten Raum einnahm. Man hat eingesehen, daß dies die wichtigste Gegenwartsaufgabe ist. Es war der Vorsitzende des Bundes nordwestdeutscher Ziegeleien, e. V., Sitz Hannover, Herr Stephanus, der folgenden einstimmig angenommenen Antrag einbrachte:

Die Versammlung erklärt, daß ein Spitzenverband, der von der ganzen Ziegelindustrie als solcher anerkannt wird, eine dringende Notwendigkeit ist. Als solcher wird der Reichsverband der deutschen Ziegel- und Lohnindustrie, e. V., Berlin, anerkannt.

Die Versammlung beschließt daher, der Verband der deutschen Ziegel-Verkaufsvereinigungen, e. V., soll dem Reichsverband als Fachabteilung sich sofort anschließen, mit der Maßgabe, daß in solchen Fragen, welche die Interessen der Verkaufsvereinigungen betreffen, die Vertretung gegenüber den Behörden von dem Reichsziegelverbande gemeinsam mit dem Verbande der deutschen Ziegel-Verkaufsvereinigungen wahrgenommen wird.

Dieser Bericht ist überschrieben: "Die Lat". Zum Schluß wird konstatiert, daß nun durch die Lat der große Reichsverband der Ziegelindustrie im Werden sei und alles an seinem Ausbau mitwirken müsse. Wörtlich sagt der Einfender:

Solange Organisationsfragen schweben, ist immer ein und dasselbe gesagt, aber den Worten folgte keine Tat. Nun drohen die Fluten die Ziegelindustrie zu erdrücken. Jeder weisere unter ist jetzt ergebung ohne jeglichen Zweck. Der Schicksalstrich unter die Erörterung wurde gezogen, der Anfang zur Tat ist gemacht. Wer jetzt noch durch Worte die Tat aufhalten will, bleibt der gesamten Ziegelindustrie hierfür verantwortlich.

Wie steht es nun auf der Arbeiterseite aus. Sind dort nicht auch schon Worte genug gesagt, ohne daß die Ziegler zur Tat geschritten wären und sich reiflos dem großen Fabrikarbeiterverbände angeschlossen hätten? Statt dessen sehen wir, daß der entgegengesetzte Weg eingeschlagen wird.

Nur im Fabrikarbeiterverband, der als zuständige Organisation für die Ziegler in Frage kommt, ist auch ein kleiner Teil in anderen Verbänden organisiert, wovon besonders der jungen Gewerkeverein deutscher Ziegler, der dem Christlichen Fabrik- und Transportarbeiter-Verbande angeschlossen ist.

oder war, zu nennen wäre. Wie nun bereits an dieser Stelle kurz mitgeteilt ist, ist ein Streik unter den Christlichen ...

Am Anfang steht die Last

Nahrungsmittel-Industrie

Der Außenhandel Deutschlands mit Fettstoffen im Jahre 1925. Es ist eine bekannte Tatsache, daß wir in Deutschland nicht so viel Fettstoffe erzeugen, wie wir brauchen, da unser Tierbestand ...

Table with 3 columns: Saaten, 1913, 1925. Lists various crops like Raps, Weizen, etc.

Überblick über die obige Tabelle. Dann ergibt sich, daß wir vor dem Kriege etwa 17 Millionen Doppelzentner an Ölsaaten eingeführt haben ...

Die Ursachen dieser Verschöpfung müssen darin zu suchen sein, daß es der deutschen Industrie durch technische Verbesserungen und ...

Der Minderertrag an Ölsaaten steht eine Mehreinfuhr von Ölen und Fetten gegenüber ...

Table with 3 columns: Öle, 1913, 1925. Lists various oils like Raps- und Rüböl, Sonnenblumenöl, etc.

Diese Zusammenstellung zeigt, daß bei den Ölen seit 1913 eine beträchtliche Steigerung zu verzeichnen ist ...

Interessant ist in dieser Zusammenfassung auch festzustellen, wie die Einfuhr der Öle seit 1913 ...

Fettversorgung noch in demselben Umfange, ja zum Teil noch mehr vom Auslande abhängig sind, als früher. Soweit die Versorgung mit pflanzlichen Ölen und Fetten in Frage kommt, beziehen wir heute mehr Fertigprodukte als früher ...

Arbeiterklub und Arbeiterversicherung.

Betriebsräte und Krankenkassen. Das Recht der Betriebsräte, zu den Angelegenheiten des Betriebes Stellung zu nehmen, ist im allgemeinen und grundsätzlich im Betriebsrätegesetz gegeben ...

Berichte aus den Zahlstellen.

Freundenstadt. Unternehmernrechte an der Arbeit. Leider gibt es auch unter der Arbeiterschaft Elemente, die nichts Besseres zu tun wissen, als ihre Mitarbeiter bei dem Unternehmen anzuschwärzen ...

An die Mitglieder des deutschen Fabrikarbeiter-Verbands der Zahlstelle Freudenstadt. In letzter Zeit wurde von den Mitgliedern des Fabrikarbeiter-Verbands, der Zahlstelle hier, große Agitation getrieben ...

Wer von den unorganisierten Arbeitern recht weit von diesem moralisch verkommenen Subjekt abdrücken will, der tut am besten, wenn er dem Fabrikarbeiterverband beitrifft ...

Lägerdorf. In unserem Zahlstellenbericht im 'Proletarier' Nr. 7 sendet Hr. Schmeißer eine Entgegnung, aus der das Wesentlichste hier wiedergegeben werden soll ...

Stettin. Am 31. Januar fand die erste Generalversammlung unserer Zahlstelle für 1925 statt. Die Versammlung erzielte das Andenken der im letzten Quartal gestorbenen Mitglieder durch Erheben von den Eiden ...

Die Produktion ist zum großen Teil eingestürzt und ruht in einzelnen Betrieben gänzlich. Auch der Binnenmarkt ist unbeschäftigt, obgleich Hunderttausende von Wohnungen feststehen ...

werden. Wie weit wir von Friedenspreisen entfernt sind, braucht weiter nicht erörtert zu werden. Die Organisation hat getan, was in ihrer Kraft stand, um dieser Lähmung entgegenzuwirken ...

Eine Arbeitsüberlegung in für uns zuständigen Betrieben ist während des Jahres 1925 nicht erfolgt, wohl aber wurden jeh Kollegen in der Zülchower Zementfabrik gemäßigelt, wogegen die Organisation mit Erfolg Stellung genommen hat ...

Die Tätigkeit der angestellten Kollegen erstreckte sich im abgelaufenen Jahr neben der Büroaufsicht auf 239 Sitzungen, 73 Fälle vor dem Schlichtungsausschuß und Gewerbegericht, 98 Verhandlungen mit den Arbeitgebern ...

Das 4. Quartal 1925 bilanzierte in der Hauptkassa mit 30 565,92 Mk., an Unterstützungen wurden ausbezahlt 13 978,30 Mk. Die Lokalkassa bilanzierte mit einer Einnahme von 21 716,25 Mk. ...

Verbandsnachrichten.

Warnung! Ein gewisser Max Damsch tritt in verschiedenen Orten auf, gibt sich als Angehöriger unseres Verbandes aus und versucht, sich unter Berufung darauf, persönliche Vorteile zu verschaffen ...

Damsch war bis Ende November v. J. beim christlichen Fabrikarbeiterverband angestellt. Ende Dezember wurde er dort wegen Untreue und Unterschlagung entlassen ...

Literarisches.

Die Arbeit, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. 3. Jahrgang, Heft 2, 1925. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 Mk. ...